
Tarif- und Besoldungsrunde 2013

Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Inhalt:

1. **Entwicklung der Staatsfinanzen**

- Steuerschätzung Mai 2012
- Einnahmekrise bei den öffentlichen Haushalten
- Entwicklung der Staatsverschuldung im internationalen Vergleich (ausgewählte Staaten)
- Entwicklung der Steuerquote

2. **Einkommensentwicklung**

- Ungleiche Lastenverteilung
- Entwicklung der Lohnquote
- Allgemeine Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer/innen
- Einkommensentwicklung nach Branchen
- Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst
- Tarifsteigerungen nach Wirtschaftsbereichen 2012

3. **Personalentwicklung im öffentlichen Dienst**

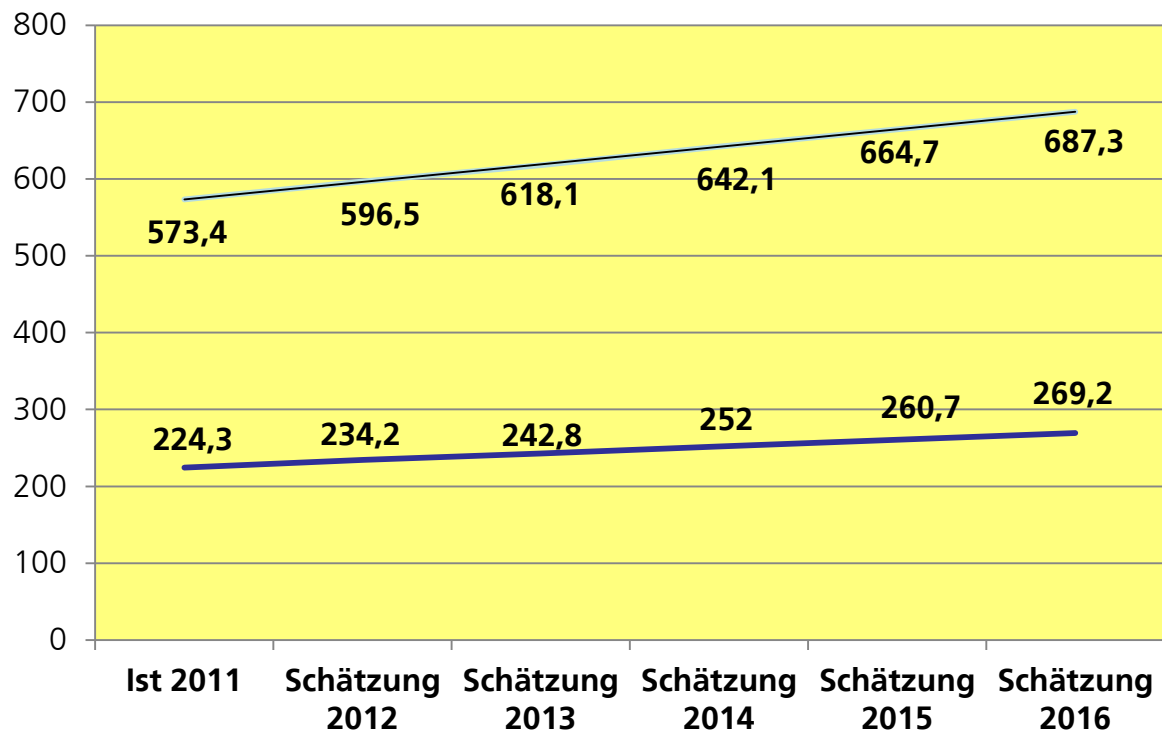
- Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Öffentlichen Dienst
- Anzahl der Beschäftigten bei den Ländern nach der Eingruppierung
- Personalkostenanteil im Verhältnis zu den öffentlichen Haushalten

4. **Entwicklung der Konsumnachfrage**

5. **Fazit für die Tarifforderungen zur Tarifrunde Länder 2013**



Steuerschätzung im Mai 2012 der Arbeitsgruppe Steuerschätzung



Prognose:
Gesamteinnahmeentwicklung aller
Gebietskörperschaften in Deutschland
(Bund, Länder und Gemeinden)

Prognose:
Gesamteinnahmeentwicklung aller
Länder in Deutschland

Beträge in Mrd. Euro; Quelle: BMF, Arbeitskreis Steuerschätzung

Steuerentwicklung – Steuerschätzung vom Mai 2012

Für den Zeitraum 2011 bis 2013 wird von einem Steuerplus von 7,8 % ausgegangen.

Für die Länder wird in diesem Zeitraum sogar von einem Steuerplus von 8,2% ausgegangen.

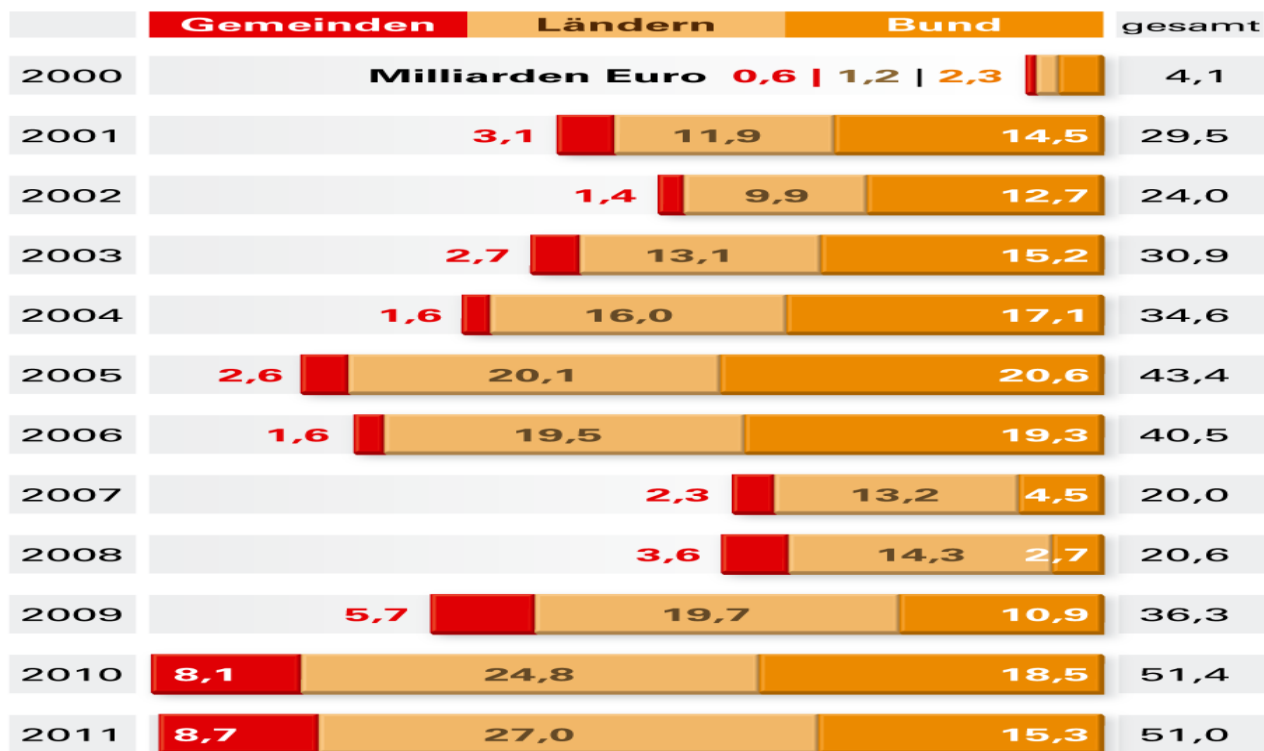
ABER: Unsichere weltwirtschaftliche Entwicklung !

Durch die derzeitige konjunkturelle Entwicklung gibt es eine gute Einnahmeentwicklung bei den öffentlichen Haushalten.

Durch die **Wirtschaft- und Finanzkrise** in der **Eurozone** und in den **USA** und Japan (hier seit etwa 10 Jahren) kann es aber zu Einbrüchen in der positiven Entwicklung kommen; mögliche konjunkturelle Abkühlung auch in den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika)

Andauernde Einnahmekrise bei den öffentlichen Haushalten

Die Einnahmeausfälle infolge der Steuerpolitik seit 1998 betragen bei ...



Differenzen bei Summenbildung durch Rundung
 Quelle: Bundesfinanzministerium, Berechnungen IMK 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Einnahmeausfälle im Öffentlichen Dienst durch politische Entscheidungen

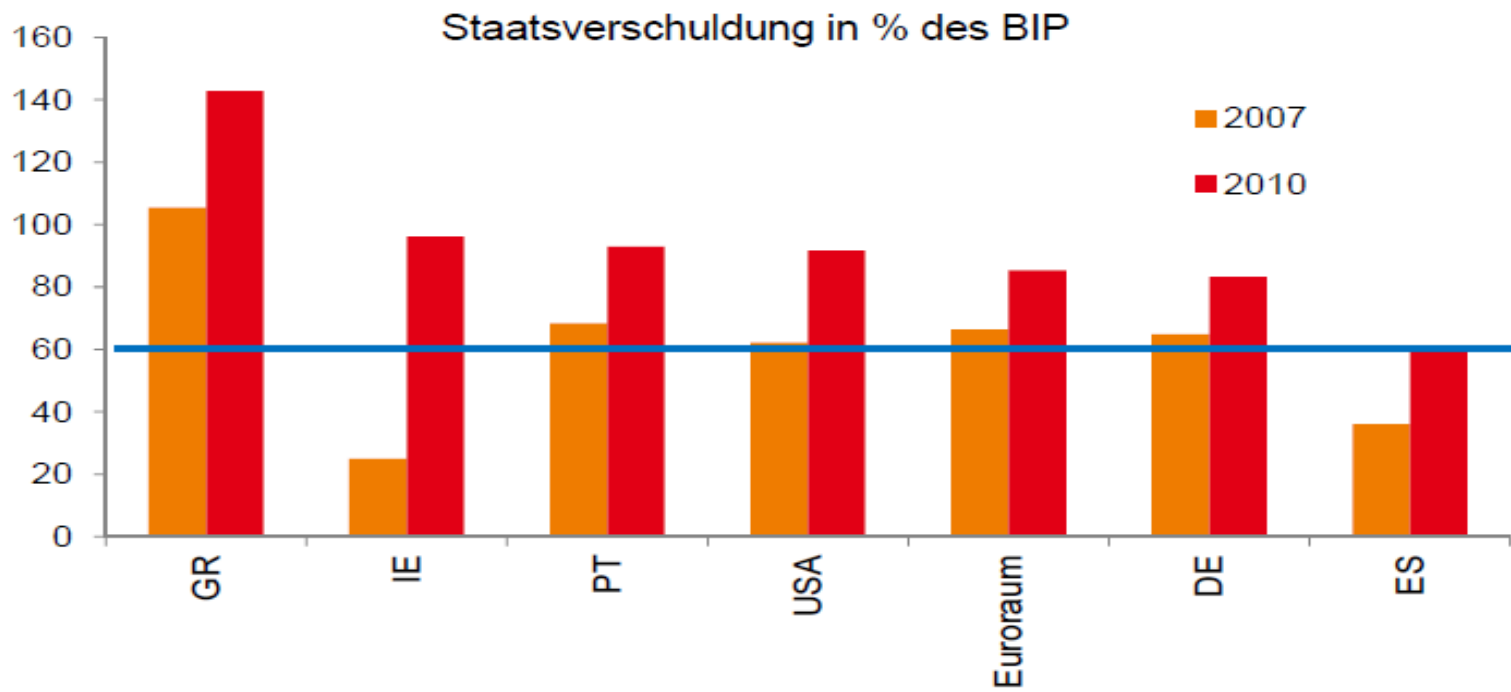
Durch politische Entscheidungen gab es in den letzten zehn Jahren insgesamt Steuerausfälle bei den Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) i. H. v. 386,3 Mrd. € !

Alleine auf die Länder summieren sich die Steuerausfälle i. H. v. 190,7 Mrd. € !

Es wird immer argumentiert, dass für unsere Forderungen nach einer Erhöhung der Vergütungen im Öffentlichen Dienst kein Geld da ist. Dennoch werden durch die politischen Entscheidungsträger Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe hingenommen.

Durch eine gerechte Steuerpolitik wäre auch eine solide Finanzierung von Einkommenserhöhungen im Öffentlichen Dienst gewährleistet.

Krise keine Frage der Staatsverschuldung



Entwicklung der Staatsverschuldung

Unsere berechtigten Forderungen nach einer signifikanten Erhöhung der Einkommen im Öffentlichen Dienst wird gerne mit dem Hinweis auf die Entwicklung der Staatsschulden im Öffentlichen Dienst abgelehnt.

Wir wollen die Probleme in Zusammenhang mit der Entwicklung bei den Staatsschulden nicht schön reden

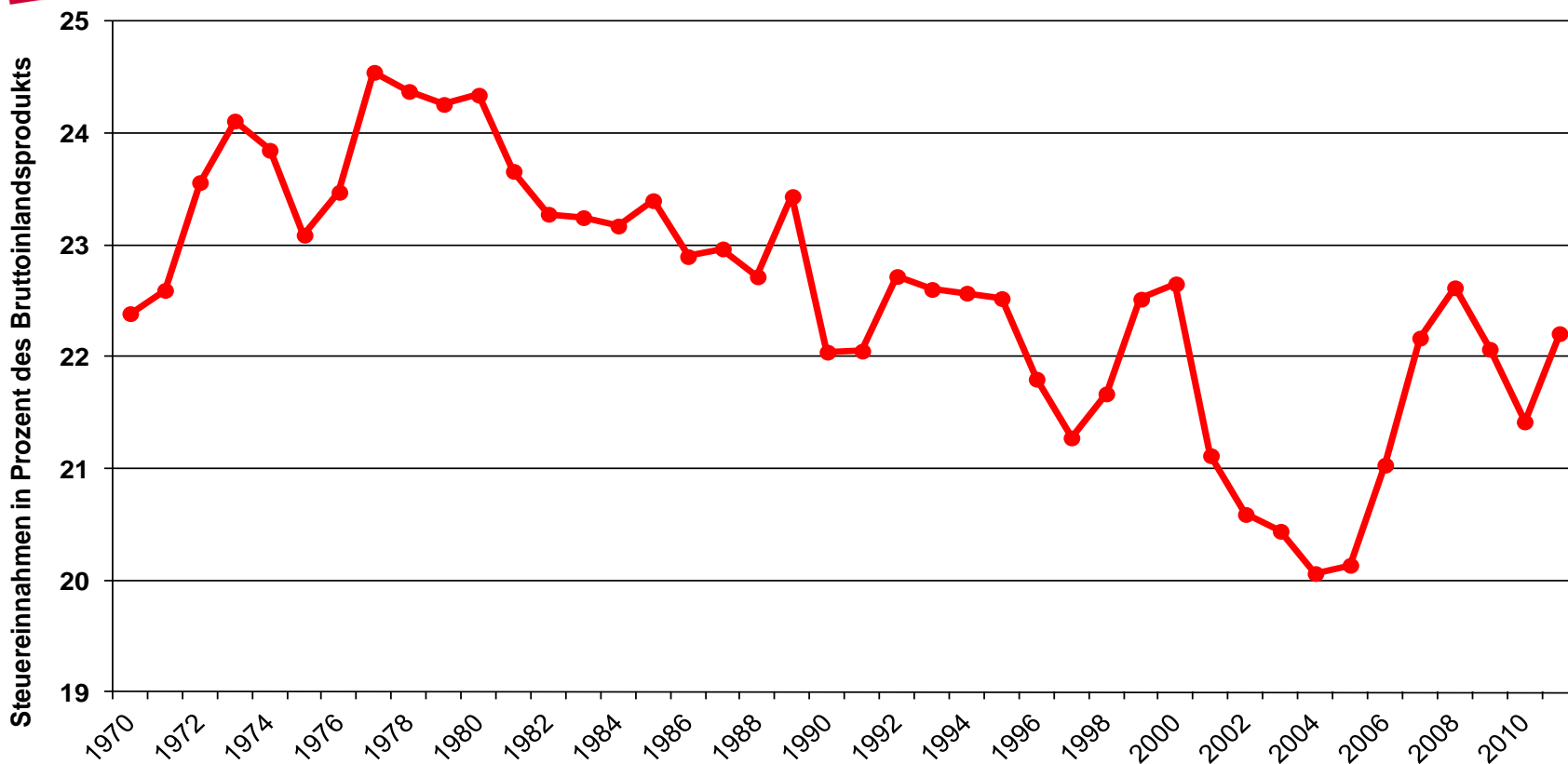
Aber in den letzten Jahren gab es eine exorbitante Entwicklung bei den Staatsschulden. Dies hat sicherlich nichts mit der Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst zu tun. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa mussten einige „Finanzreserven“ mobilisiert werden (Stichwort „Bankenrettung“).

Alleine von 2007 bis 2010 erhöhten sich die deutschen Staatsschulden von etwa 60 % des BIP auf 82 % des BIP. In nur drei Jahren erhöhte sich die Staatsverschuldung um 300 Mrd. € !

ver.di

Steuerquote in Deutschland

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Bundesfinanzministerium, Steuerschätzung vom November 2011

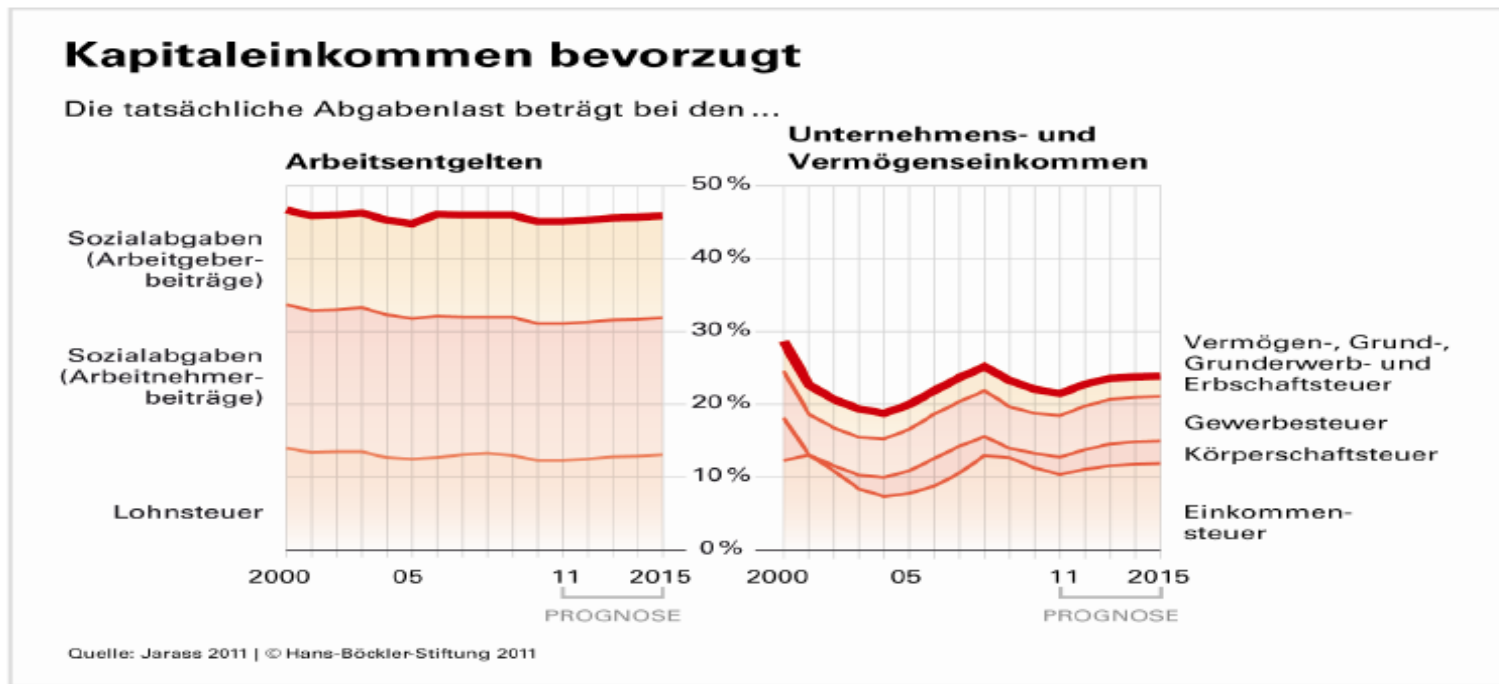
Entwicklung der Steuerquote:

Die Steuerquote (Steuereinnahme im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) beträgt derzeit etwa 22 Prozent; vor etwa dreißig Jahren betrug diese noch durchschnittlich etwa 24 Prozent.

Eine Erhöhung der Steuerquote um einen Prozent würde für die Gebietskörperschaften ein Einnahmeplus von etwa 25 Mrd. € im Jahr bedeuten.



Ungleiche Lasten



Wolfgang Uellenberg- van Dawen, ver.di
Bundesverwaltung

Unterschiedliche Belastung von Arbeits- und Unternehmens-/Vermögenseinkommen im Steuern und Sozialabgaben

Die Belastungen der Arbeitnehmer/innen-Einkommen mit Steuern und Sozialabgaben belaufen sich auf etwa 45 % (inkl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung).

Die direkte Belastung für die Arbeitnehmer/innen betragen hier im Schnitt etwa 35 %.

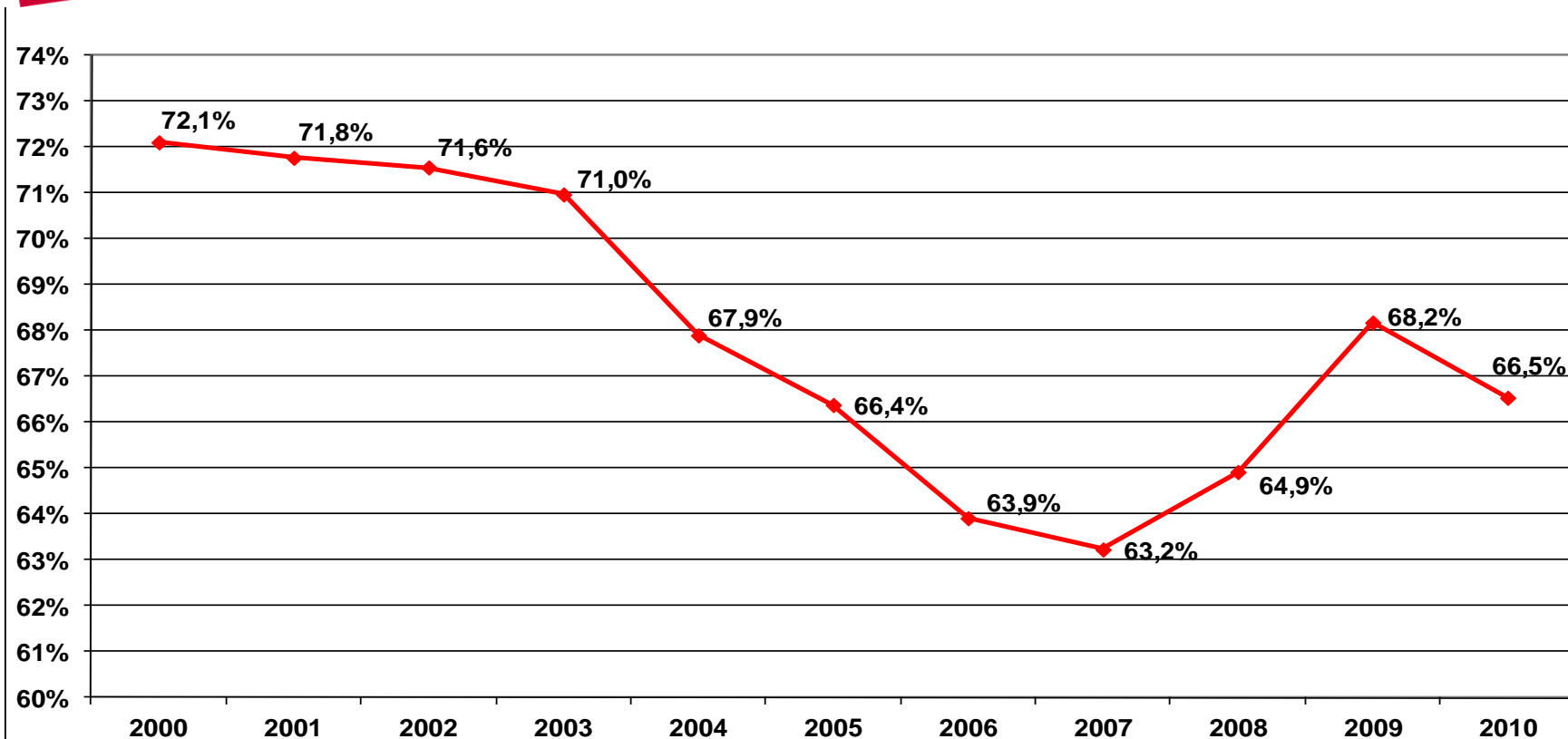
Die Belastungen von Vermögens- und Unternehmenseinkommen betragen insgesamt etwa 22 %.



Absturz der Lohnquote

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, eigene Berechnungen Nov. 2011

Entwicklung der Lohnquote (Anteil der Löhne/Gehälter/ Beamtenbesoldungen am Volkseinkommen – inklusive Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung)

Die Lohnquote ist in einem Zeitraum von zehn Jahren von etwa 72 % auf etwa 66 % gefallen.

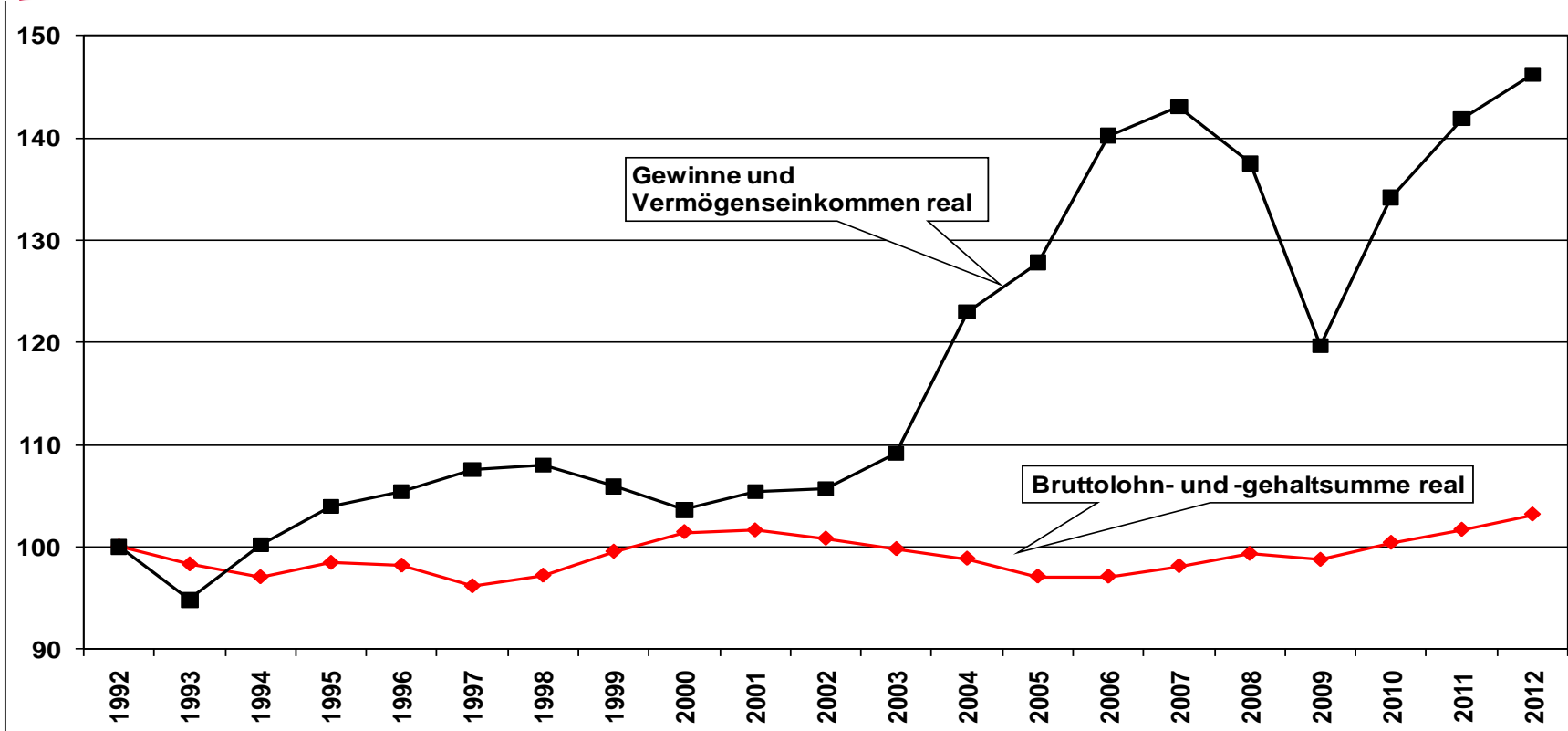
Von 2007 bis 2009 gab es zwar eine positive Entwicklung bei der Lohnquote, aber seit 2009 entwickelt sich diese negativ.

Die Steigerung der Lohnquote um ein Prozent bedeutet einen Einkommenszuwachs bei den Arbeitnehmer/innen-Einkommen von etwa 16 Mrd. € im Jahr – sechs Prozent Lohnquote entsprechen somit knapp 100 Mrd. € Einkommensverluste für die Arbeitnehmer/innen im Jahr !



Einkommensschere öffnet sich immer weiter Entwicklung der Bruttorealeinkommen seit 1992

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 2011 und 2012 Prognose IMK., eigene Berechnungen mit Verbraucherpreisindex.

Einkommensentwicklung in den letzten 20 Jahren

Die Arbeitseinkommen stagnieren seit etwa 20 Jahren.

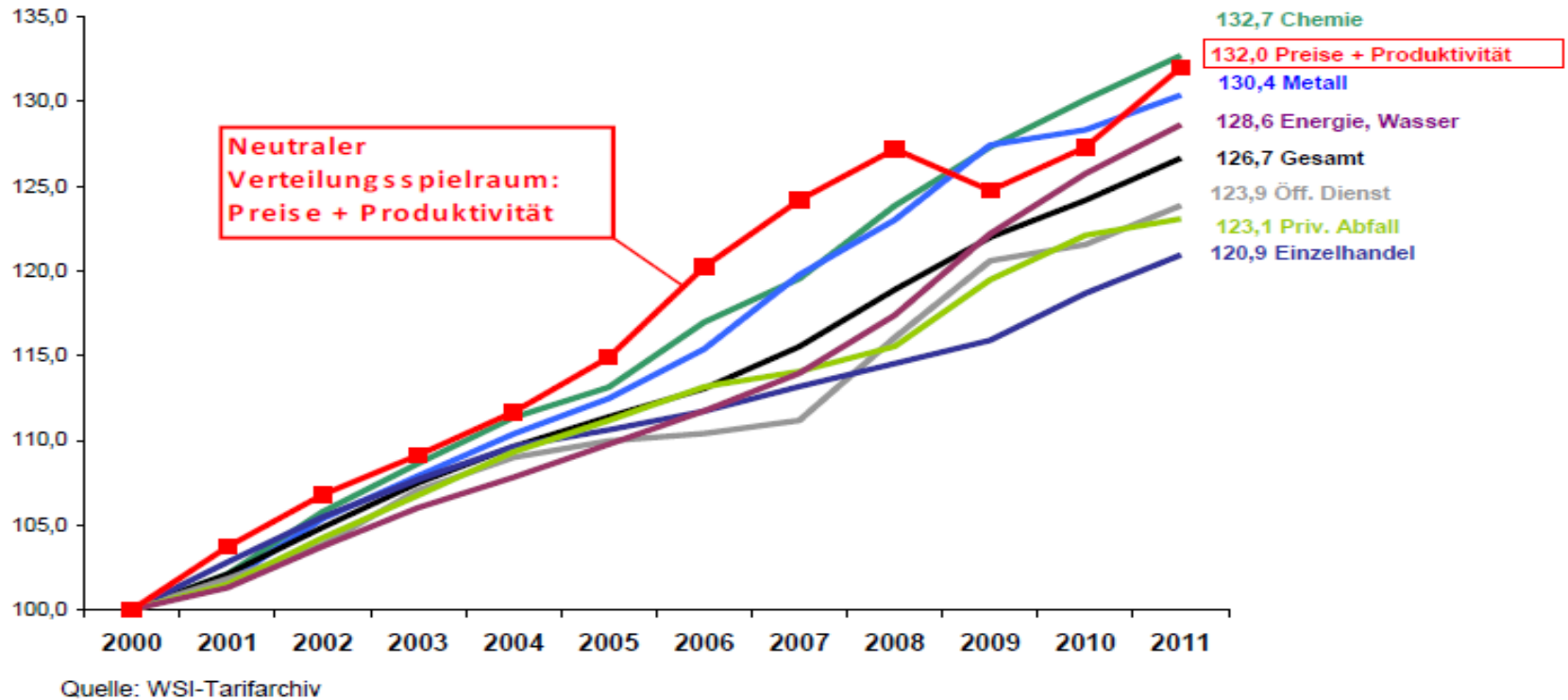
In diesem Zeitraum gab es faktisch keine realen Einkommenszuwächse (unter Berücksichtigung der Einkommensentwicklung und der Inflationsrate).

Die Einkommen aus Vermögen- und Unternehmenstätigkeit stieg in diesem Zeitraum real um etwa 50 % !

Durch die Wirtschaft –und Finanzkrise gab es hier einen Einbruch der Einkommen von etwa 20 % in den Jahren 2007 bis 2009.

Allerdings stiegen diese Einkommen seit 2009 wieder so stark, dass die Einkommensverluste wieder mehr als ausgeglichen wurden.

Große Branchenunterschiede Tarifentwicklung 2000 - 2011



Entwicklung der Einkommen im Öffentlichen Dienst:

In den letzten zehn Jahren erhöhten sich die Einkommen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst unterdurchschnittlich.

Während die Produktivität und die Inflation (sog. „Verteilungsspielraum“) sich in diesem Zeitraum um 32 % steigerten, erhöhten sich die Einkommen für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst um nur 23,9 %!

Damit haben die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst eindeutig „unter ihren Verhältnissen“ gelebt, d. h. die Einkommen müssten heute im Durchschnitt um etwa 8 % über dem heutigen Niveau liegen um am wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland teilnehmen zu können!

Definition Begriff „Verteilungsspielraum“

Solange sich die Einkommen im Rahmen des Verteilungsspielraums (Entwicklung von Inflation plus Produktivitätssteigerung) bewegen kommt es zu keiner Umverteilung beim Volkseinkommen.

Einkommensentwicklungen der Arbeitnehmer/innen unterhalb des Verteilungsspielraums führen zur Umverteilung zugunsten der Vermögens- und Unternehmenseinkommens (sinkende Lohnquote).

Tarifrunde Länder 2013

Ausgewählte Lohn- und Gehaltsforderungen und -abschlüsse in der Tarifrunde 2012

Tarfbereich	Gewerkschaft	Forderung	Abschluss	Weitere Regelungen
Bankgewerbe	ver.di	6,0 %	350 € Pauschale für 4 Monate 2,9 % ab 01.07.12 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.13 LZ: 26 Monate bis 30.04.12	Verlängerung Vorruhestand Erklärung zur Ausbildung, zum Gesundheitsschutz und Anlegerschutz
Chemische Industrie	IG BCE	6,0 %	1 Nullmonat 4,5 % für 18 Monate LZ: 19 Monate reg. unterschiedlich bis 31.12.13, 31.01. bzw. 28.02.14	Aufstockung der Demografiefonds, Arbeitszeitgestaltung u.a. für Ältere
Deutsche Post AG	ver.di	7,0 %	400 € Pauschale für 3 Monate 4,0 % für 12 Monate LZ: 15 Monate bis 31.03.13	
Deutsche Telekom AG	ver.di	6,5 %	3 Nullmonate 2,3 % ab 01.05.12 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.01.13 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.08.13 LZ: 24 Monate bis 31.01.14	Gesonderter Abschluss für Deutsche Telekom Servicegesellschaften
Kfz-Gewerbe Baden- Württemberg	IG Metall	6,5 %	nach 1 Nullmonat 4,0 % ab 01.06.12, LZ: 13 Monate bis 31.05.13	Regelung zur 12-monatigen Übernahme Ausgebildeter
Metall- und Elektroindustrie	IG Metall	6,5 %	1 Nullmonat 4,3 % ab 01.05.12 LZ: 13 Monate bis 30.04.13	Unbefristete Übernahme Ausgebildeter als Grundsatz Mitbestimmung bei Leiharbeit Branchenzuschläge Leiharbeit

Hotel und Gaststätten NRW	NGG	6,0 %	1 Nullmonat 3,1 % ab 01.06.12 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.02.13 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.09.13 LZ: 24 Monate bis 30.04.14	Strukturelle Anpassung der unteren Entgeltgruppe, Anhebung auf 8,50 €
Öffentlicher Dienst (Bund und Gemeinden)	ver.di	6,5 % mind. 200 €	3,5 % ab 01.03.12 1,4 % Stufenerhöhung ab 01.01.13 1,4 % Stufenerhöhung ab 01.08.13 LZ: 24 Monate bis 28.02.14	Übernahmeregulation Ausgebildeter Sonderzahlung für AN an Flughäfen
Privates Verkehrsgewerbe Baden-Württemberg	ver.di	7,0 %	3,5 % ab 01.04.12 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.04.13 LZ: 24 Monate bis 31.03.14	
Volkswagen AG	IG Metall	6,5 %	4,3 % ab 01.06.12 LZ: 13 Monate bis 30.06.13	Regelungen zur Leiharbeit

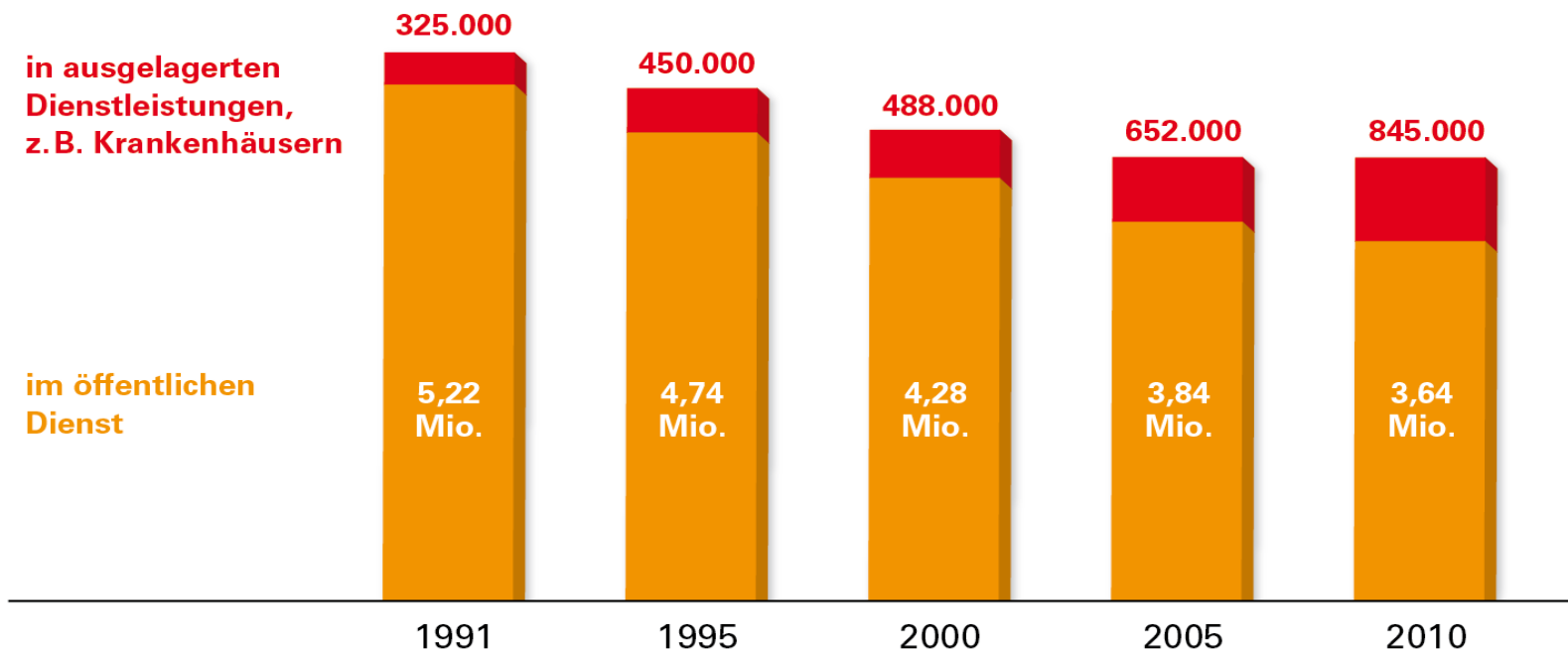
Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: Juni 2012

WSI-Tarifarchiv

Staatsdiener werden immer weniger

So viele Beschäftigte arbeiteten für Bund, Länder und Gemeinden ...



Quelle: Vesper 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Beschäftigtenzahlen und Personalkosten im Verhältnis zum BIP im internationalen Vergleich:

Internationale Entwicklung

Beschäftigte beim Staat



Quelle: IFO - Institut, München 2010

Einkommen in Europa



Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst

Die Anzahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind innerhalb von 20 Jahren von 5,22 Mio. auf 3,64 Mio. gefallen (43,4 %).

Selbst wenn wir die Privatisierungen von Bahn, Post etc. berücksichtigen, ergibt sich seit den letzten zehn Jahren eine Reduzierung der Beschäftigtenzahlen von etwa 650.000 Beschäftigten (18 %).

Hinzu kommt, dass gerade in Bereichen eingespart worden ist, deren Tätigkeiten in der Öffentlichkeit weniger wahr genommen wird bzw. als nicht negativ bewertet wird.

Deutschland hat eine unterdurchschnittliche Anzahl von Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigtenzahl (im Internationalen Vergleich).

Eingruppierung von Tarifbeschäftigten bei den Ländern		
Entgeltgruppe	Anzahl der Beschäftigten	Verteilung in Prozent
Außertariflich, E15Ü	10 548	1,02
E15	12 883	1,24
E14	40 516	3,91
E13	168 531	16,28
E12, E12a	21 270	2,05
E11, E11a,b	85 894	8,30
E10, E10a	41 847	4,04
E9, E9a-d	124 520	12,03
E8, E8a	82 362	7,96
E7, E7a	40 514	3,91
E6	104 366	10,08
E5	96 125	9,29
E4, E4a	10 176	0,98
E3, E3a	27 182	2,63
E2, E2U	16 445	1,59
E1	536	0,05
Sonstige ¹⁾²⁾	109 527	10,58
in Ausbildung	41 971	4,05
Arbeitnehmer zusammen	1 035 213	100,00
¹⁾ Einschl. Dienstordnungsangestellte im mittelbaren öffentlichen Dienst		
²⁾ Beinhaltet alle Tarifverträge, die nicht dem TVöD zugeordnet wurden		

Personalkostenanteil am Haushalt von Bund, Ländern und Kommunen 2011:

Es werden in Deutschland nur 8,24 % des BIP für (Gesamt-)Personalausgaben des Öffentlichen Dienstes aufgewendet.

Die Personalausgaben der Länder betragen 4,63 % des BIP (Daten für das Jahr 2011).

Bund: 41.965 Mio. € / Personalausgaben, Gesamtausgaben 361.746 Mio. €

Personalkostenquote: 11,60 %

Länder: 119.081 Mio. € / Personalausgaben, Gesamtausgaben 319.380 Mio. €

Personalkostenquote: 37,29 %

Kommunen: 50.730 Mio. € / Personalausgaben, Gesamtausgaben 194.534 Mio. €

Personalkostenquote: 26,08 %

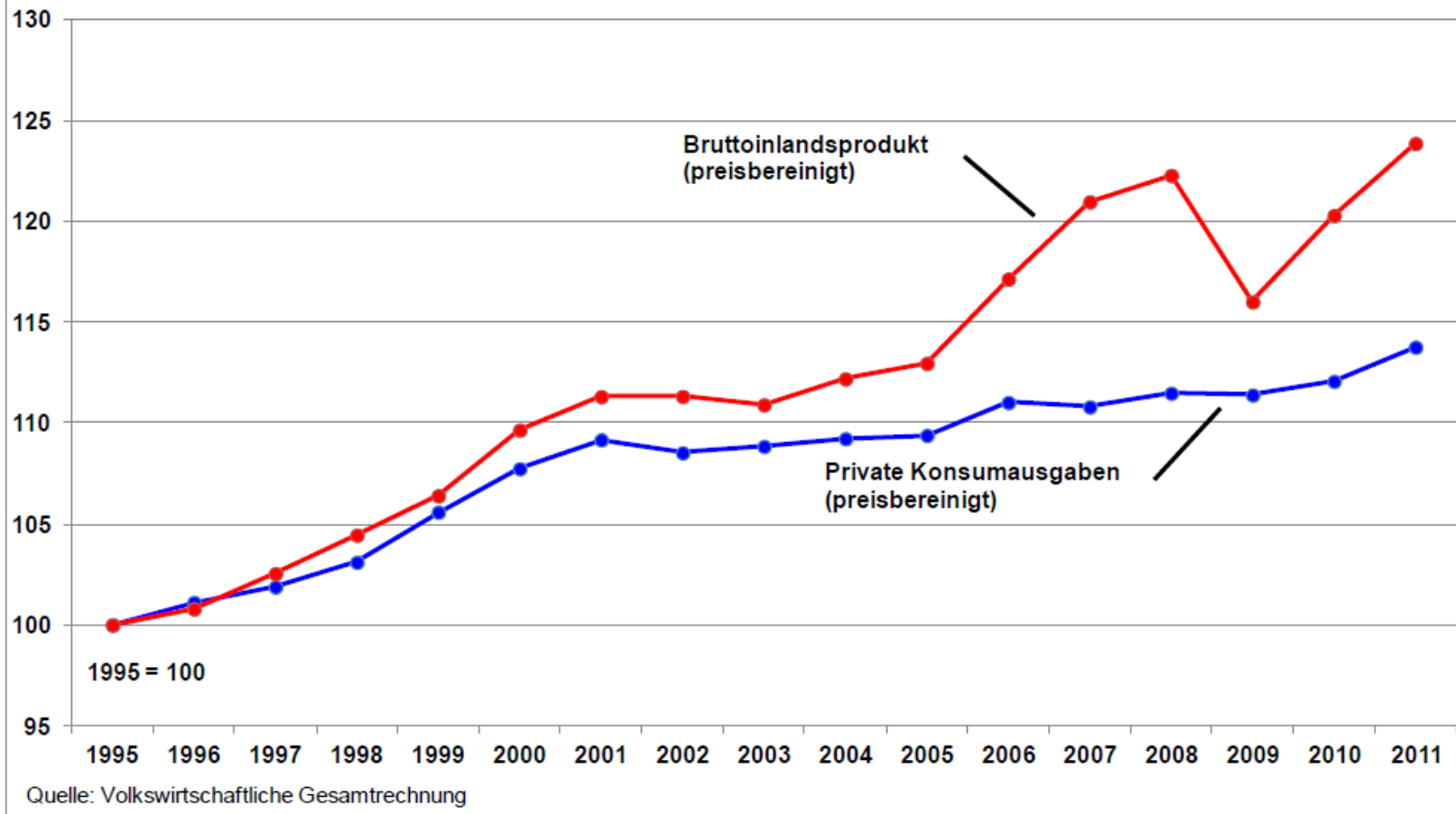
Quelle: Statistisches Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14 Reihe 2, 14. Mai 2012



Konsumnachfrage abgehängt

Entwicklung von Wirtschaftswachstum und privatem Konsum

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Entwicklung der Konsumausgaben

Das die Arbeitnehmer/innen – auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst – einen Nachholbedarf bei den Einkommen haben, ergibt sich auch aus der Entwicklung bei den Konsumausgaben.

Während die Wirtschaftsleistung (BIP) in den letzten fünfzehn Jahren um etwa 25 Prozent angestiegen sind, sind die privaten Konsumausgaben um nicht einmal 15 Prozent angewachsen.

Insbesondere seit 2004 entwickelt sich die wirtschaftliche Gesamtentwicklung und die Entwicklung der Konsumausgaben auseinander.

Fazit für die Tarifforderungen zur Tarifrunde Länder 2013:

1. Die Einkommen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst haben sich im letzten Jahrzehnt unterdurchschnittlich entwickelt.
2. Es gab in den letzten Jahrzehnten einen massiven Personalabbau im Öffentlichen Dienst.
3. Aufgrund von politischen Entscheidungen (Steuerpolitik der letzten 10 Jahre) fehlen dem Staat jährlich 30 bis 50 Mrd. € an Steuereinnahmen – alleine für die Länder ergeben sich Steuerausfälle von 20 bis 30 Mrd. €.
4. Aufgrund der demographischen Entwicklung bedeutet das auch für den Öffentlichen Dienst, dass er ein attraktiver Arbeitgeber ist – Wer gute Leute will, muss auch entsprechende (Einkommens-) Bedingungen schaffen!
5. Damit die Kolleginnen und Kollegen bei den Ländern „Anschluss“ an die allgemeine Einkommensentwicklung halten können, brauchen wir signifikante Einkommenssteigerungen!

... Deshalb ...

